

# Aus Nah und Fern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =  
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **27 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Interkantonale Universitätsvereinbarung Wintersemester 2000/2001

Mit der neuen Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) haben die Einnahmen der Universitätskantone für ausserkantonale Studierende vom Halbjahr 1998 zum Halbjahr 2001 um 50 Mio Fr., d.h. um rund 39 Prozent, zugenommen.

### Ausgaben für ausserkantonale Studierende

Kanton / FL	WS 2000/01 Mio Fr.	Zunahme seit WS 97/98 in %
ZH	7.8	34.5%
BE	11.8	42.2%
FR	5.8	81.3%
BS	2.0	25.0%
SG	14.5	66.7%
VD	9.6	31.5%
NE	4.9	75.0%
GE	3.3	17.9%
LU	13.2	43.5%
TI	14.5*	20.8%
UR	1.2**	33.3%
SZ	5.0	56.3%
OW	1.3	44.4%
NW	1.5	50.0%
GL	1.3*	85.7%
ZG	4.5	40.6%
SO	10.9	47.3%
BL ***	3.4	25.9%
SH	2.7	22.7%
AR	2.1	50.0%
AI	0.6	50.0%
GR	7.6*	33.3%
AG	22.5	39.8%
TG	6.8	44.7%
VS	14.6**	20.7%
JU	3.5**	16.7%
FL	1.5	25.0%
<b>Total</b>	<b>178.4</b>	<b>38.8%</b>

\* Wanderungsverluste - 5%

\*\* Wanderungsverluste - 10%

\*\*\* exkl. BS

### Beiträge der Kantone

Mit der neuen IUV wurden die Pauschalbeiträge pro Semester, die sich 1998 noch auf 4'514.85 Fr. beliefen, erhöht und je nach Fakultätsgruppe (FG) für das Jahr 2001 wie folgt differenziert:

FG I	Fr.	4'750.00
FG II	Fr.	10'616.50
FG III	Fr.	19'116.50

Für das WS 2000/2001 wurden damit 178.4 Mio Fr. umgesetzt. Im Vergleich zum WS 1997/1998 brachte die neue IUV gesamthaft eine Erhöhung des Beitragsvolumens um 38.8 % mit sich. Für das Jahr 2002 ist noch eine weitere, letzte Erhöhung der Pauschalbeiträge der Fachgruppen II und III vorgesehen.

### Einnahmen für ausserkantonale Studierende

Kanton	WS 97/98 Mio Fr.	WS 00/01 Mio Fr.	Zunahme seit WS 97/98 in %
ZH	34.8	51.0	46.6%
BE	17.4	29.4	69.0%
FR	22.3	24.5	9.9%
BS *	10.8	18.1	67.6%
SG	11.0	12.1	10.0%
VD	13.0	19.6	50.8%
NE	5.6	5.9	5.4%
GE	12.5	15.6	24.8%
LU	0.6	0.4	-33.3%
TI	0.5	1.8	260.0%
<b>Total</b>	<b>128.5</b>	<b>178.4</b>	<b>38.8%</b>

\* exkl. BL

### Grundbeiträge des Bundes

Für das Zahlungsjahr 2000 belaufen sich die Grundbeiträge des Bundes (GB) zugunsten der kantonalen Universitäten auf 371.3 Mio Fr. Hochgerechnet werden sich die Beiträge der IUV für das Jahr 2001 voraussichtlich auf 356 Mio Fr. belaufen. Damit ist ihr Finanzvolumen mit jenem der Grundbeiträge des Bundes vergleichbar geworden. Die nachfolgende Tabelle zeigt den direkten Vergleich für das Jahr 2000.

Kanton	GB 1999 Zahlungsjahr 2000	IUV 2000
	Mio Fr.	Mio Fr.
Zürich	71.0	89.3
Bern	56.9	50.8
Fribourg	41.8	46.4
Basel	52.9	32.5*
St. Gallen	17.4	22.0
Waadt	45.8	32.9
Neuenburg	18.4	11.5
Genf	61.1	29.3
Luzern	1.2	1.0
Tessin	4.8	2.8
<b>Total</b>	<b>371.3</b>	<b>318.5</b>

\* ohne BL

Herausgeber und Redaktion:

Generalsekretariat der

Schweizerischen Universitätskonferenz

Adresse:

Schweizerische Universitätskonferenz

Sennweg 2, 3012 Bern

Tel.: 031/306 60 60, Fax: 031/302 17 92

WWW-Server: <http://www.cus.ch>

## Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung: Wissenschaftlicher Beirat

Die Präsidentin und drei Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung, das am 1. August 2001 seine Arbeit aufnahm, sind gewählt. Für den verbleibenden Sitz wurde die Nominierung vorgenommen; im Falle der Zusage gilt der Nominierte als gewählt.

Die SUK hat am 21.6.2001 auf Antrag der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten Frau Prof. Dr. iur. **Marie Theres Fögen**, Zürich/Frankfurt a.M., zur Präsidentin des Wissenschaftlichen Beirats gewählt. Frau Fögen, deutsche Staatsangehörige, ist Ordinaria für römisches Recht, Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Zürich und wird ab Oktober 2001 ausserdem zu 50% am Institut für

europäische Rechtsvergleichung des Max Planck-Instituts Frankfurt a.M. tätig sein. Durch zahlreiche Forschungsaufenthalte in verschiedenen europäischen Ländern sowie in den USA erwarb sie sich breite internationale Erfahrung.

Bei den bereits gewählten Mitgliedern handelt es sich um Herrn Prof. Dr. phil. **Ruedi Imbach**, Paris, um Frau Prof. Dr. phil. **Martine Rahier**, Neuenburg, und um Herrn Prof. **Jan de Maeseneer**, M.D., Ph.D., Gent.

Herr Imbach ist Schweizer und war bis zum Jahr 2000 während fünfzehn Jahren Ordinarius für Philosophie des Mittelalters an der Universität Freiburg. Während fünf Jahren amtierte er zudem als Vize-

rektor. Seit Wintersemester 2000/01 ist er Professor an der Sorbonne.

Die Belgierin Frau Rahier ist seit 1994 Ordinaria für Tierökologie und Entomologie an der Universität Neuenburg; sie leitet den neuen Nationalen Forschungsschwerpunkt «Plant survival in natural and agricultural ecosystems».

Auch Herr de Maeseneer ist belgischer Staatsangehöriger. Er ist Mitglied des Advisory Committee on Medical Training der EU und seit 1991 Leiter des Department of General Practice in Primary Health Care der Universität Gent. 1999 war er als Experte an der Pilotakkreditierung der Schweizer Medizinischen Fakultäten beteiligt.

## Nachwuchsförderungsprogramm

Laut Botschaft BFT 2000-2003 soll das Nachwuchsförderungsprogramm, das seit dem Jahr 2000 mit Mitteln der projektgebundenen Beiträge finanziert wird, in den letzten beiden Jahren vor seinem geplanten Auslaufen im Jahr 2004 gekürzt werden. Die Universitäten stehen diesem Programm aber ausgesprochen positiv gegenüber und haben

sich sowohl zur Beendigung des Programms wie auch zu dessen Kürzung immer mit Bedauern ausgesprochen.

Die SUK hat nun auf Antrag des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft und mit Unterstützung der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten beschlossen, den Programmkredit, der Teil der pro-

jektgebundenen Beiträge ist, um insgesamt 5 Millionen Franken zu erhöhen und die Unterstützung damit bis zum Schluss auf gleichem Niveau aufrechtzuerhalten. Der zusätzliche Beitrag verteilt sich auf die akademischen Jahre 2002/03 (3 Mio. Fr.) und 2003/04 (2 Mio. Fr.).

## UNI-NACHWUCHS / Die Forschung in der Schweiz schlittert in eine Krise, wenn die Karrierestrukturen nicht verbessert werden, warnt der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat. Er empfiehlt dringende Massnahmen zur Nachwuchsförderung.

CHRISTINE ISELIN-KOBLER

An der Medienkonferenz fiel das Wort «Krise», und es wurde von einer «alarmierenden Situation» gesprochen: Der frühere Basler Biochemieprofessor Gottfried Schatz, seit gut einem Jahr Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats (SWTR), fordert ein radikales Umdenken bei der Förderung des akademischen Nachwuchses in der Schweiz, denn: «Angesichts ungewisser Berufs- und Karrieremöglichkeiten verzichten viele begabte junge Menschen auf eine Forscherlaufbahn oder verlassen die Schweiz» – dies meist Richtung USA, wie drei junge Forschende aus den Bereichen Biologie/Zoologie, Philosophie und Medizin darlegten.

### Zwei «Instrumente»

Der SWTR, der den Bundesrat in der Wissenschaftspolitik berät, hat deshalb ein Konzept über die «Förderung des akademischen Nachwuchses an Schweizer Hochschulen» erarbeitet. Damit sollen einerseits die materielle Lage der Doktoranden verbessert und andererseits deren berufliche Aussichten nach dem Doktorat mit einer einheitlichen Karrierestruktur attraktiv gestaltet werden.

### Mehrere «Doktoraltern»

Die zeit- und energieaufwändigen finanziellen Engpässe von Doktoranden würden demnach mit Ausbildungsstipendien des Nationalfonds gelindert. Diese Beiträge würden nicht an einzelne Studierende, sondern an die Departemente oder an so genannte Graduiertenkollegien ausgerichtet: Graduiertenkollegien sind instituts- und fächerübergreifende Netzwerke von Doktoranden, in denen die besten Studierenden regelmässig miteinander und mit einer Gruppe von Professoren zusammenarbeiten.

Ein Vorteil dieses Systems liegt gemäss SWTR darin, dass es interdisziplinäres Denken fördert und die «einengende Fixierung auf nur einen ‚Doktorvater‘ überwindet». Die Einführung eines solchen Ausbildungsstipendienprogramms in den Geistes- und den Sozialwissenschaften sowie bei der Human- und der Veterinärmedizin würde die Schweiz nach Schatz' Berechnung pro Jahr knapp 16 Millionen Franken kosten.

### Verzicht auf Habilitation

Nach dem Doktorat und der darauf folgenden Postdoktoranden-Ausbildung, die oft im Ausland stattfindet, kommt für die

meisten jungen Forschenden die Entscheidung zwischen einer akademischen Laufbahn, einer Tätigkeit in der Verwaltung oder im privaten Sektor. Für einige stellt sich die Frage, ob eine Rückkehr in die Schweiz überhaupt möglich oder sinnvoll ist.

Für diese Zeit zieht der SWTR-Bericht eine ernüchternde Bilanz: Die grosse Mehrheit des Forschernachwuchses habe keine andere Wahl, als eine zeitlich befristete Assistenz oder Oberassistenten zu akzeptieren – und nach deren Ablauf womöglich wiederum vor dem Nichts zu stehen. Um solche Sackgassen zu vermeiden, sollen gemäss SWTR-Konzept Nachwuchsleute eine sechsjährige Anstellung mit unabhängiger Arbeit erhalten. Sie müssen sich dabei einer harten Evaluation und Selektion unterwerfen, dafür entfällt die Notwendigkeit einer Habilitation. Die Stelle verlassen oder aber – bei positiver Bewertung – automatische Beförderung zum permanent angestellten Professor, lautet die Alternative.

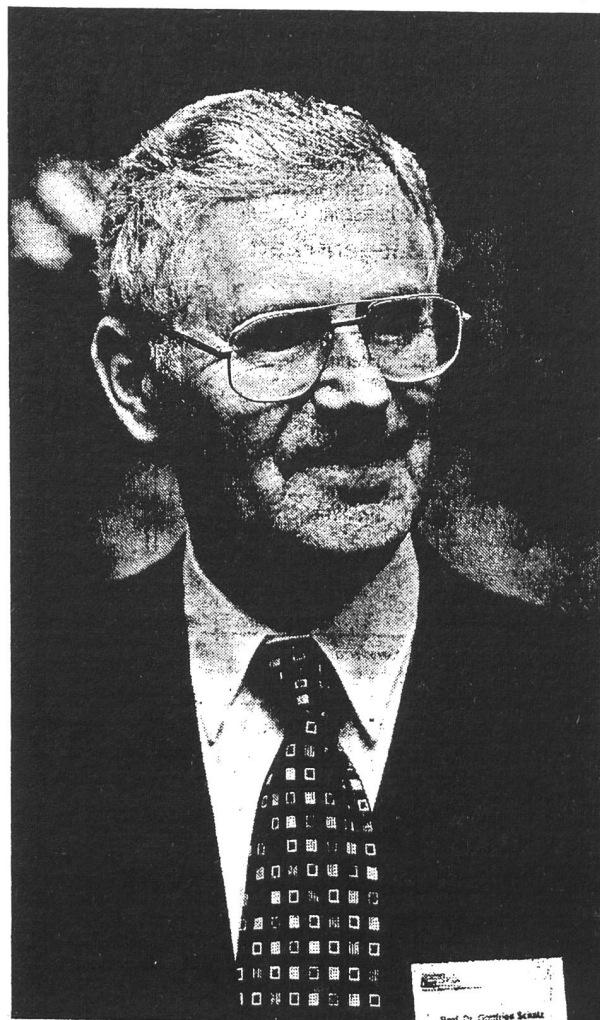
### «Hart, aber klar»

Das sei zwar hart, biete aber den Vorteil, dass junge Wissenschaftler früh Klarheit erhielten über ihre Zukunftsaussichten, sagt Gottfried Schatz. Bei diesen Reformen fielen höhere Kosten vor allem beim Nationalfonds an. «Wir empfehlen dem Bundesrat, die Gelder für die nächsten vier Jahre um zehn Prozent zu erhöhen.» Ausgebaut und ins Tenure-Track-System eingebaut werden sollten namentlich auch die vier- bis sechsjährigen Förderungsprofessuren, mit denen der Nationalfonds seit 2000 ausgewählte Kandidaten unterstützt.

### Ischi: «Tenure Track kommt»

Von den Universitäten verlangt das System eine auf sechs Jahre vorausschauende Personalpolitik. Dies und die Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Stellen erachtet der Generalsekretär der Schweizerischen Universitätskonferenz, Nivardo Ischi, als Hürden, doch ist er überzeugt: «Tenure Track kommt.»

Der Verzicht auf die «überholte» Qualifikationsform der Habilitation tue «nicht weh», doch müsse der Beschluss dazu national koordiniert sein. Und die Notwendigkeit der Nachwuchsförderung namentlich bei den Geistes- und den Sozialwissenschaften sei schon vor vier Jahren in einer Studie des Nationalfonds, des SWTR und der Universitätskonferenz belegt worden.



G. Schatz, Präsident SWTR: «Alarmierende Situation!» COMET

## Tenure Tracks in Bern

ckb. «Ein Instrument, das nicht alle unsere Nachwuchsprobleme löst, aber für Teilbereiche nützlich sein kann»: So beurteilt der Rektor der Universität Bern, Christoph Schaublin, das Tenure-Track-System zur Auswahl und Beförderung von Assistenzprofessoren, das an den Hochschulen Englands und der USA seit Jahren und seit kürzerer Zeit auch in der Schweiz (ETH) angewandt wird. Wie andere Universitäten prüfe auch die Universität Bern das System; mit der Einführung werde wahrscheinlich nächstes Jahr begonnen, sagt Schaublin.

Vorher aber seien rechtliche Anpassungen erforderlich. So falle die öffentliche Ausschreibung jeder ordentlichen Profes-

sur, wie sie das geltende Recht noch vorschreibe, mit dem Tenure-Track-System weg.

Bessere Betreuung und Karriereplanung seien aber auch für jenen akademischen Nachwuchs erforderlich, der nicht zu einem Ordinariat gelange. Es müsse vermieden werden, dass jemand die Universität nach einigen Jahren perspektivlos verlasse.

Zur «alarmierenden Situation für den wissenschaftlichen Nachwuchs», die der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat beschreibt, sagt Schaublin, es gebe von Fakultät zu Fakultät grosse Unterschiede. Am dringendsten sei der Bedarf nach besseren Betreuungsverhältnissen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften.

## Zur Rolle der Geisteswissenschaften

Von Heike Schmoll

Vor einem Jahr noch waren die Informationstechniker begehrt, jetzt werden sie zu Tausenden entlassen. Plötzlich suchen die Kultusbehörden händeringend Lehrer, vor kurzem noch rieten sie Abiturienten davon ab, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden. In diesen „Schweinezyklen“ spiegelt sich die Kurzatmigkeit der Bildungspolitik von Legislaturperiode zu Legislaturperiode, von Jahr zu Jahr. Auch die Hochschulen sind vom kurzfristigen Denken erfaßt worden. Mit ihrer Eigenständigkeit haben die für Wissenschaft zuständigen Ministerien auch die Verantwortung für das jeweilige Profil einer Universität der Leitung der jeweiligen Hochschule übertragen. Die Stellung des Rektors ist in allen Bundesländern enorm gestärkt worden.

Damit geht ein grundlegender Wandel im Verständnis der gesamten Universität einher. Sie ist weniger denn je ein Zusammenklang unterschiedlicher Fakultäten, die auf die eine oder andere Weise interdisziplinär arbeiten. Vielmehr können jetzt bestimmte Wissenschaftszweige zu Leitwissenschaften werden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt als zukunftsfruchtig gelten, die über reichlich Drittmittel verfügen und die bei Politikern beliebt sind. Die Fixierung auf die Lebens- und Biowissenschaften hat nicht nur an klassischen Universitäten im Südwesten Schule gemacht, sie läßt sich auch in anderen Bundesländern beobachten. Allerdings ging dort der Systemwechsel schleicher vor sich, weil die Universitäten ohnehin weniger klassisch orientiert waren.

Was bedeutet das für die Geisteswissenschaften? Sie sind zwar die Leidtragenden, denn zusätzliche Stellen können nur noch durch die Umschichtung bereits vorhandener Plätze geschaffen werden. Aber es wäre zu billig, sich auf den schlichten Gegensatz eines Kampfes der Naturwissenschaften gegen die Geisteswissenschaften einzulassen, zumal naturwissenschaftliche Fächer wie Mathematik und Physik, in Einzelfällen auch Chemie und Pharmazie, ebenfalls Stellen abgeben müssen. Allzu einfach wäre es aber auch, eine Gefährdung der Geisteswissenschaften und ihrer bisherigen Rolle in den Universitäten mit dem Hinweis abzuwehren, daß es sich immer noch um die Studiengänge handelt, die eher an Überkapazitäten leiden.

Genau darin manifestiert sich ihre Krise. Die Nachfrage nach den Geisteswissenschaften wächst durch immer schnellere Modernisierungsschübe ra-

scher als ihr Leistungspotential. Damit sind die Geisteswissenschaften als interpretierende, analysierende Disziplin überfordert. Das gilt erst recht dann, wenn sie ständig mit der Erwartung konfrontiert werden, Orientierungswissen bereitzuhalten, was zweifellos zu ihren Aufgaben gehört, niemals aber zur Hauptbeschäftigung werden kann.

Es fällt auf, daß die Geisteswissenschaften, vor allem Philosophie und Geschichtswissenschaft, die höchsten Abbrecherquoten aufweisen, daß zugleich aber in geisteswissenschaftlichen Fächern besonders viele Studenten promoviert werden. Offenbar sind die Studenten, die sich wirklich für ein geisteswissenschaftliches Studium eignen und auch die Freiheit der Studienplanung eigenständig nutzen, sehr erfolgreich. Die weniger Geeigneten fürchten offenbar verschulte und naturwissenschaftliche Studiengänge und meinen, sich mit einem „Lagerfach“, wie Studenten gelegentlich abschätzig sagen, retten zu können.

Aber die Geisteswissenschaften sind nicht nur Opfer einer sich beschleunigenden Entwicklung und einer modischen Umprofilierung von Universitäten, die sich schon in zehn Jahren als Irrweg erweisen könnte. Sie haben durch geradezu autistisches Verhalten, das interdisziplinäre Zusammenarbeit als Zumutung empfand, zu ihrer jetzigen Krise beigetragen. Fatal wäre allerdings, daraus den Schluß zu ziehen, in Zukunft nur noch „gender studies“ als geisteswissenschaftliche Leitkultur anzubieten. Wenn sich auch die Geisteswissenschaften dem Diktat der Anwendungsorientierung beugen, verlieren sie ihre Aufgabe. Sobald Philosophie nur noch als Politikberatung akzeptiert und Theologie nur noch in Gestalt von Ethik und Biblischer Archäologie gelehrt wird, werden diese Fächer gestandslos. Wenn sich alle Fächer der Oligarchie bestimmter Interessengruppen beugen müssen, die sich stromlinienförmig nach tagesaktuellen Erfordernissen richten, wird es in einigen Jahren eine Landschaft charakterloser Einheitshochschulen geben. Viele Fakultäten werden nur noch Durchschnittliches leisten, weil sie nicht mehr forschungsfähig sind.

Die klassischen alten Universitäten haben ihren Weltruhm nicht durch die älteren Naturwissenschaften erlangt, sondern durch ihre Geisteswissenschaften. Bis heute schielen amerikanische Geisteswissenschaftler neidisch auf deutsche „Postdocs“. Geisteswissenschaftler haben bisher bewiesen, daß

sie mit geringen finanziellen Mitteln Spitzenleistungen vollbringen können. Naturwissenschaftliche Spitzenleistungen sind ungleich teurer. Die Umprofilierung zugunsten der anwendungsorientierten Lebenswissenschaften birgt nicht nur die Gefahr, daß sich auch die Universität als Hort der wissenschaftlichen Freiheit dem pragmatischen Nützlichkeitsdenken verschreibt. Es ist völlig ungewiß, ob solche Universitäten ihre Hoffnung auf erstklassige Leistungen in den lebenswissenschaftlichen Fächern überhaupt erfüllen können.

Nicht allein die Geisteswissenschaftler tun sich schwer, die Naturwissenschaften als Ausdruck einer gemeinsamen Kultur zu begreifen. Auch die Naturwissenschaftler irren sich, wenn sie die Kultur der Geisteswissenschaften nur als gebildete und forschende Erinnerung an vergangene Kulturen darzustellen suchen. Allerdings tun die Geisteswissenschaften zu wenig, um diesen Irrtum aufzuklären. Die Naturwissenschaften sind ihrerseits von der Unfähigkeit der Geisteswissenschaftler überzeugt, ihre Sache überhaupt zu verstehen. Doch gehören beide unauflöslich zusammen. Je schneller sich die Naturwissenschaft und die Technik entwickeln, desto wichtiger werden die Geisteswissenschaften.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1. Sept. 2001, S. 1